

**Pressestelle
des Verwaltungsgerichts
des Saarlandes**



66740 Saarlouis, 29.08.2022

Ansprechpartner:

Verwaltungsgericht:

Herr Schmit: 06831 – 447-116

Herr Schwarz 06831 – 447-110

Telefax: 06831 – 447-163

Informationen auch unter: www.vgds.saarland.de

Geschäfts-Nr.: 1271

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Terminvorschau September 2022

Verwaltungsgericht des Saarlandes

Die Liste gibt einen vorläufigen Überblick - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - über die öffentlichen Verhandlungen des Verwaltungsgerichts. Sie ist - gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Terminänderungen - auf der Homepage des Verwaltungsgerichts unter www.vgds.saarland.de nachzulesen.

06.09.2022	Sitzungssaal I
09:00 Uhr 6 K 313/20 Ö. - RA Sevinc - ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
10:00 Uhr 6 K 129/20 B.. - RA Sevinc - ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
11:20 Uhr 6 K 1522/20 T. - RA Sevinc - ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
Die ab 09.00 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Asylklagen türkischer Staatsangehöriger.	

08.09.2022

Sitzungssaal I

10:15 Uhr

6 K 1485/20

H. – RA. Duran - ./ . Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

11.00 Uhr

6 K 687/20

A. –RA. Eibes - ./ . Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die beiden Verfahren betreffen Asylklagen irakischer Staatsangehöriger.

09.09.2020

Sitzungssaal I

09:15 Uhr

6 K 294/20

1. M – RA. Nowall- ./ . Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-

2. M. –RA. Nowall - ./ . Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-

Die Kläger, kosovarische Staatsangehörige, sind 2015 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und haben hier erfolglos Asylverfahren betrieben. Die seither geduldeten Kläger begehren mit ihrer Klage die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen. Der Beklagte hat deren Erteilung mit der Begründung abgelehnt, dass die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts der Kläger durch Erwerbstätigkeit nicht nachgewiesen sei.

10.15 Uhr

6 K 1178/20

B. – RA. Podewin - ./ . Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-

Der staatenlose Kläger reiste erstmals im November 1990 zusammen mit seinen Eltern und Geschwistern in die Bundesrepublik Deutschland ein. Er war seit 2015 im Besitz einer Niederlassungserlaubnis. Mit Urteil des Amtsgerichts Saarbrücken vom 15.10.2018 wurde der Kläger unter anderem wegen Handeltreibens mit Betäubungsmitteln zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren verurteilt, weswegen er von der Beklagten mit Bescheid vom 14.04.2020 aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen wurde. Zudem wurde ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für die Bundesrepublik Deutschland für die Dauer von 5 Jahren ausgesprochen. Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Klage.

11.00 Uhr

6 K 9/21

O. – RA. Nowall - ./ . Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-

Dem Kläger, einem nigerianischen Staatsangehörigen, wurde aufgrund seiner mit einer deutschen Staatsangehörigen geschlossenen Ehe eine zuletzt bis zum 24.01.2021 befristete Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage von § 28 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt. Deren Gültigkeitsdauer wurde nach der Trennung von seiner Ehefrau mit Bescheid vom 01.09.2020 nachträglich auf den 15.09.2020 verkürzt. Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Klage und begehrt die Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis. Zur Begründung macht der Kläger geltend, dass er das gemeinsame Sorgerecht für drei seiner sich berechtigterweise im Bundesgebiet aufhaltenden nigerianischen Kinder ausübe und in

einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehe.

13.09.2022

Sitzungssaal I

09:30 Uhr

1 K 1771/19

B. –RA. Podewin- ./.. Ministerium für Inneres, Bauen und Sport
-Einbürgerungsbehörde-

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband.

16.09.2022

Sitzungssaal I

09:30 Uhr

3 K 758/20

S. ./.. Landrat des Saarpfalz-Kreises –Wohngeldstelle-

Die Klägerin begehrt mit ihrer Klage die Weitergewährung von Wohngeld.

20.09.2022

Sitzungssaal I

09:00 Uhr

6 K 394/20

C.. – RA. Lünemann - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

10:00 Uhr

6 K 815/20

S.- RA. Lünemann - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

11:15 Uhr

6 K 635/20

B. u.a. – RAe. Neumeier & Kollegen - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die ab 09.00 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Klagen von Asylbewerbern aus der Türkei.

23.09.2022

Sitzungssaal I

09:00 Uhr

3 K 671/22

S.. – RA'in. Lang - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Verfahren betrifft die Klage eines syrischen Staatsangehörigen gegen den Widerruf seiner Flüchtlingsanerkennung und die Rücknahme und Nichtzuerkennung subsidiären Schutzes. Dem liegt zugrunde, dass der Kläger wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit unerlaubtem Führen einer Schutzwaffe zu einer Jugendstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten verurteilt wurde.

27.09.2022

Sitzungssaal I

09:00 Uhr

6 K 884/20

E.. – RAe. Telsemeyer & Hennen - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

10:00 Uhr

6 K 1523/20

G.- RA. Sevinc - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die beiden Verfahren betreffen Asylklagen türkischer Staatsangehöriger.

28.09.2022

Sitzungssaal I

09:15 Uhr

6 K 491/20

T.. – RA'in. Nowall - ./.. Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-

Die Klägerin, eine vietnamesische Staatsangehörige, reiste im Juli 2018 unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland ein. Sie ist Mutter einer im Bundesgebiet geborenen Tochter. Der Vater ist ebenfalls ein vietnamesischer Staatsangehöriger, der derzeit eine Haftstrafe verbüßt. Mit ihrer Klage begehrt die Klägerin die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen.

09:45 Uhr

6 K 496/20

W.- RA'in Nowall - ./.. Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-

Die Klägerin, eine malische Staatsangehörige, ist mit einem deutschen Staatsangehörigen verheiratet und im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis. Sie begehrt mit ihrer Klage eine Niederlassungserlaubnis auf der Grundlage von § 28 Abs. 2 AufenthG. Deren Erteilung hat der Beklagte wegen wiederholter Straffälligkeiten der Klägerin abgelehnt. Streitig ist, ob im Fall der Klägerin ein Ausweisungsinteresse besteht.

10:30 Uhr

6 K 1366/20

P. – RA'in Nowall - ./.. Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-

Der Kläger ist ghanaischer Staatsangehöriger. Er reiste im März 2019 in die Bundesrepublik Deutschland ein, ohne im Besitz des erforderlichen Aufenthaltstitels zu sein. Mit seiner Klage begehrt der Kläger die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug. Er ist Vater zweier im Bundesgebiet aufenthaltsberechtigter ghanaischer Kinder. Streitig ist, ob dem Kläger die Nachholung des Visumverfahrens von seinem Heimatland aus zumutbar ist.

29.09.2022

Sitzungssaal I

09:00 Uhr

2 K 45/20

Z. – RAe. Zimmerling & Kollegen ./.. 1. Landesamt für Zentrale Dienste –ZBV-
2. Ministerium für Bildung und Kultur

Die Beteiligten streiten um den Zeitpunkt des Eintritts des Klägers in den Ruhestand.

10.15 Uhr

2 K 542/19

M. –RAe. Rapräger & Kollegen ./.. Bundeseisenbahnvermögen

Der Kläger begehrt die Feststellung, dass der Beklagte verpflichtet ist, ihm alle materiellen und immatriellen Schäden zu ersetzen, die ihm aufgrund einer vorzeitigen Ruhestandsversetzung, die gerichtlich rechtskräftig aufgehoben worden ist, entstanden sind und noch entstehen werden.

11.15 Uhr

2 K 162/20

A. ./.. Landesamt für Zentrale Dienste

Die Beteiligten streiten darüber, ob der Kläger die für die reisekostenrechtliche Abrechnung seiner Dienstreise erforderlichen Angaben hinreichend belegt hat.

11.45 Uhr

2 K 164/20

H. ./.. Deutsche Post

Der Kläger beantragt, dass er in zwei aufeinander folgenden Jahren in einer Anlassbeurteilung betreffend ein Aufstiegsverfahren sowie einer weiteren Anlassbeurteilung im Rahmen einer Beförderungsrunde um eine Notenstufe besser bzw. schlechter bewertet worden ist.